



Presseschau vom 19.06.2019

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondentT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondentT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

vormittags:

lug-info.com: In den letzten 24 Stunden haben die Kiewer Truppen dreimal das „Regime der Ruhe“ im Verantwortungsbereich der LVR verletzt. Dies teilte die Vertretung der LVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination des Regimes der Feuereinstellung (GZKK) mit.

Beschossen wurden die Gebiete von **Kalinowo** und **Molodjoshnoje**.

Geschossen wurde mit 120mm- und 82mm-Mörsern und Granatwerfern.

de.sputniknews.com: „Verzerrte Informationen über Syrien“: Russischer UN-Diplomat über westliche Berichterstattung

„Einige unserer Partner senden an die internationale Gemeinschaft weiterhin Signale, die nichts mit der tatsächlichen Situation in Syrien zu tun haben oder die Situation vor Ort verzerren“, sagte Nebensja.

Damit thematisierte er die angeblichen Angriffe auf Krankenhäuser in Idlib.

Britische Medien beschuldigen Russland regelmäßig, Luftangriffe auf Krankenhäuser, Schulen und andere zivile Infrastruktur in der syrischen Provinz Idlib ausgeführt zu haben.

Dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 18. Juni 3:00 Uhr bis 19. Juni 3:00 Uhr

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine 13. Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der

Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Spartak, Alexandrowka, Donezk (Flughafen, Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks), Jasnoje, Dokutschajewsk, Styla, Grigorowka, Krasnoarmejskoje.**

Infolge von Artilleriebeschuss wurden Dach und Fensterverglasung eines Wohnhauses in der Parchomenko-Straße 16 beschädigt. Außerdem wurde durch Splitter ein Tag auf dem Gebiet einer Tankstelle beschädigt.

Außerdem wurden durch Beschuss der BFU in Jasnoje Brände an folgenden Stellen festgestellt:

- Pobeda-Straße 32 – Baumaterial geriet in Brand;
- Pobeda-Straße 22 – eine Garage geriet in Brand.

Außerdem haben die BFU zielgerichtet einen Zollposten der DVR in **Krasnyj Partisan** mit Antipanzergeschützen des Kalibers 100mm MT-12 „Rapira“ beschossen. Durch einen direkten Treffer eines Geschosses wurde ein Bauwagen des Zollpostens beschädigt.

Opfer unter den friedlichen Bürgern wurde bisher nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den ukrainischen bewaffneten Formationen abgefeuerten Geschosse betrug 196.

In den vorangegangenen 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse 47.

Wir erinnern daran, dass die Zahl der Geschosse mit einem Kaliber bis 12,7mm nicht in die Gesamtstatistik im täglichen Bericht eingeht.

Ab 01:01 Uhr am 8. März 2019 trat gemäß einer von der Minsker Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung eine erneuerte Verpflichtung zur Einhaltung eines allumfassenden, nachhaltigen und unbefristeten Regimes der Feuereinstellung, der „Frühlings“-waffenstillstand in Kraft.

de.sputniknews.com: **Westliche Ölkonzerne im Irak unter Beschuss: Rakete schlägt auf Firmengelände ein**

Erneut hat es im Irak eine Provokation gegeben, bei der eine Rakete aus unbekannter Richtung offenbar ausländische Einrichtungen im Visier hatte. Die Hintergründe des Vorfalls blieben zunächst unklar.

Wie die Nachrichtenagentur Reuters berichtet, ist im Bereich des Firmengeländes mehrerer ausländischer Ölkonzerne westlich der irakischen Stadt Basra eine Rakete eingeschlagen.

Dabei wurden nach Polizeiangaben am Mittwochmorgen zwei irakische Arbeiter verletzt.

Die Kurzstreckenrakete soll 100 Meter von dem Teil der Anlage entfernt eingeschlagen haben, den der US-Ölriese ExxonMobil als Unterkunft und Betriebszentrum nutzt.

Geschäftsbetrieb und Ölexporte seien aber nicht beeinträchtigt, erklärte hierzu Vertreter der Ölbranche.

Erst kürzlich waren Exxon-Mitarbeiter nach Basra zurückgekehrt, nachdem sie wie Hunderte Mitarbeiter der US-Botschaft in Bagdad angesichts der zunehmenden Spannungen zwischen dem Iran und den USA evakuiert worden waren.

Sicherheitskreisen zufolge bereitet Exxon nun erneut die sofortige Ausreise von etwa 20 ausländischen Mitarbeitern vor. Auch der britisch-niederländische Energiekonzern Royal Dutch Shell und der italienische Konzern Eni sind auf dem Gelände vertreten. Vor wenigen Tagen hatte es zwei Angriffe auf Stützpunkte des US-Militärs im Irak gegeben.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/32164/82/321648215.jpg>

Telegram-Kanal der Vertretung der DVR im GZKK: Heute am frühen Morgen wurde der **Petrowskij-Bezirk von Donezk** mit von den Minsker Vereinbarungen verbotener Artillerie und Mörsern beschossen. Insgesamt wurden auf den Südwesten der Stadt 110 Artilleriegranaten des Kalibers 122mm und 53 Mörsergeschosse des Kalibers 120mm abgeseuert.

Infolge des Beschusses wurde ein Ventilator der zentralen Lüftungsanlage des in Betrieb befindlichen Tscheljukinzew-Bergwerks beschädigt. Den Bergleuten gelang es, den Schrägaufzugschacht in Betrieb zu nehmen und an die Oberfläche zu kommen.

Außerdem wurden folgende Häuser beschädigt:

- Koslow-Straße 20 (beschädigt wurden eine Gasleitung, fünf Einzelgasanschlüsse, das Dach des Hauses, 3 Fensterblöcke, ein Zaun);
- Koslow-Straße 21 (beschädigt wurde eine Gasleitung, die ins Haus führt, 3 Fensterblöcke, Metalltore, ein Zaun, Wände wurden durchschlagen, ein Wirtschaftsgebäude wurde vernichtet);
- Koslow-Straße 21a (beschädigt wurde ein Fahrzeug, 2 Fensterblöcke, ein Zaun, ein Stromleitung durchschlagen);
- Koslow-Straße 18 (beschädigt wurde die Verglasung von zwei Fenstern und das Dach);
- Koslow-Straße 15 (beschädigt wurde die Verglasung von zwei Fenstern und das Dach);
- Koslow-Straße 16 (Verglasung beschädigt);
- Koslow-Straße 12 (Ständer einer Gasleitung beschädigt);
- Koslow-Straße 23 (Fensterverglasung und Umzäunung beschädigt);
- Petrowskij-Straße 13, Wohnung 49 und 56 (Fensterverglasung beschädigt).

Nach vorläufigen Informationen gibt es keine Opfer unter der Zivilbevölkerung. Eine operative Gruppe der Vertretung der DVR im GZKK ist vor Ort, genauere Informationen werden ermittelt.

de.sputniknews.com: **S-400-Kauf: USA erwägen neue Sanktionen gegen die Türkei – Bloomberg**

Die US-Regierung erwägt drei neue Sanktionspakete gegen die Türkei wegen des Kaufs russischer S-400-Flugabwehrraketensysteme. Die Strafmaßnahmen könnten im Juli verhängt werden. Dies berichtet die Nachrichtenagentur Bloomberg unter Berufung auf informierte Quellen.

Das schwerwiegendste Sanktionspaket, das die Vertreter des Nationalen Sicherheitsrates der USA, des Außenministeriums sowie des US-Finanzministeriums derzeit erörtern, werde „die Wirtschaft der Türkei erschüttern, die ohnehin schwere Zeiten durchläuft“.

Aktuell ist es sehr wahrscheinlich, dass die Sanktionen vor allem gegen mehrere türkische

Rüstungsunternehmen verhängt werden, wie im Gesetz zur Implementierung und Ausweitung von Sanktionen (Countering America's Adversaries Through Sanctions Act CAATSA) vorgesehen. Im Rahmen dieses Gesetzes sollen Länder bestraft werden, die mit Russland Geschäfte machten.

Derartige Strafmaßnahmen sollen den Zugang zum US-amerikanischen Finanzsystem für die türkischen Unternehmen kappen. Dies werde ihnen fast unmöglich machen, amerikanische Produkte zu kaufen oder ihre Produkte in den Vereinigten Staaten zu verkaufen.

Neue Sanktionen könnten bereits im Juli verhängt werden, wenn die Türkei die ersten S-400-Systeme erhalten werde, so die Quellen von Bloomberg. Dabei gibt die türkische Seite an, dass Ankara unbeirrt an seinen Plänen festhalte, weil „das Vertrauen zu Washington vollständig untergraben ist“.

Die USA und andere Nato-Länder hatten Ankara wiederholt wegen des Deals mit Moskau kritisiert. Zudem hatte das Pentagon der Türkei klar gemacht, dass der Erwerb der russischen S-400 Raketenabwehrsysteme ihre Teilnahme am Programm zur Entwicklung des neuesten US-amerikanischen F-35-Jagdbombers völlig ausschließen werde.

Die an die Türkei zu liefernden Fla-Raketenkomplexe S-400 werden laut den Worten des türkischen Außenministers, Mevlüt Çavuşoğlu, nicht ins Nato-Raketenabwehrsystem integriert und stellen auch keine Bedrohung für US-amerikanische F-35 Jagdflugzeuge dar.

Dan-news.info: „Durch nächtlichen Beschuss wurde ein Haus in der Rudnew-Straße 15 in **Sajzewo** beschädigt. Direkter Treffer auf das Dach“, teilte der Bürgermeister von Gorlowka Iwan Prichodko mit.

Telegram-Kanal der Vertretung der DVR im GZKK: Wie bereits mitgeteilt wurde, haben die BFU heute Morgen den **Petrowskij-Bezirk von Donezk** massiv beschossen.

Dabei wurden zwei Infrastrukturobjekte beschädigt:

- das städtische klinische Kinderkrankenhaus Nr. 4 in der Karamsin-Straße 8 – beschädigt sind die Fassade des Gebäudes, die Verglasung der Wäscherei. Außerdem ist medizinische Ausrüstung im Wert von mehr als 1 Mio. Rubel beschädigt.

- das Schwimmbad „Petrowskij“ in der Architektorow-Straße 2b – Fassade beschädigt.

Nach vorläufigen Informationen gibt es keine Opfer unter der Zivilbevölkerung. Eine operative Gruppe der Vertretung der DVR im GZKK ist vor Ort, genauere Informationen werden ermittelt.

nachmittags:

de.sputniknews.com: Bei Tod eines Militärs: USA drohen Iran mit sofortiger Antwort

US-Außenminister Mike Pompeo hat die iranische Regierung gewarnt, dass nur ein einzelner Tod eines einzelnen US-amerikanischen Soldaten zu einer sofortigen militärischen Reaktion vonseiten Washingtons führen wird. Dies teilt die US-amerikanische Zeitung „The Washington Post“ unter Berufung auf eigene Quellen mit.

Demnach soll sich der US-Außenminister während seines ungeplanten Besuchs in Bagdad im Mai dieses Jahres zu dem Thema geäußert haben. Als Anlass dazu hätten die nachrichtendienstlichen Informationen über einen möglichen Angriff durch Teherans Kampfgruppen auf US-Militär in der Region gedient.

Dabei gebe es, so das Blatt, in der US-Regierung selbst immer noch Streitigkeiten über mögliche militärische Reaktionen auf die Aktionen der iranischen Regierung in der Region. Zudem würden Diskussionen darüber geführt, ob diese Optionen dem von US-Präsident Donald Trump gesetzten Ziel widersprechen würden, den Iran am Bau von Atomwaffen zu hindern.

Zuvor hatte das Pentagon eigene Aufnahmen veröffentlicht, die einen angeblichen Angriff der iranischen Streitkräfte auf zwei Öltanker im Golf von Oman beweisen sollen. Das US-Militär behauptet, dass die Bilder von einem Hubschrauber der US-Marine stammen und die Beteiligung der Islamischen Revolutionsgarde (IRGC) an diesem Angriff bestätigen würden. Am 13. Juni hatten sich zwei große Explosionen im Golf von Oman ereignet. Offenbar wurden zwei Supertanker angegriffen – die „Front Altair“ unter der Flagge der Marshallinseln und die „Kokuka Courageous“, welche unter der Flagge Panamas fährt. US-Außenminister Mike Pompeo und US-Präsident Donald Trump hatten daraufhin den Iran für die Tanker-Angriffe verantwortlich gemacht. Iran hatte dies ausdrücklich dementiert.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images//32526/71/325267110.jpg>

armiyadnr.su: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Leitung der Volksmiliz der DVR zur Lage am 19.06.2019**

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner **14-mal das Regime der Feuereinstellung verletzt**. Von Seiten der ukrainischen bewaffneten Formationen wurden die Gebiete von neun Ortschaften der Republik beschossen.

In **Richtung Donezk** haben Kämpfer der 93., 57., 24. und 35. Brigade unter Kommando der Kriegsverbrecher Bryshinskij, Minschantschuk, Guds und Palas **Spartak, Dokutschajewsk, Alexandrowka, Grigorowka, Jasnoje, Styla, Trudowskije** und das **Gebiet des Donezker Flughafens** mit 122mm-Artillerie, 120- und 82mm-Mörsern, Schützenpanzerwaffen, Granatwerfern verschiedener Art, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen beschossen.

In **Richtung Mariupol** haben Kämpfer der 36. Brigade unter Kommando des Kriegsverbrechers Gnatow **Krasnoarmejskoje** mit 122mm-Artillerie beschossen.

Insgesamt hat der Gegner 125 122mm-Artilleriegranaten und 131 Mörsergeschosse, davon 112 des Kalibers 120mm, auf das Territorium unserer Republik abgefeuert.

Alle Fälle von Beschuss auf Ortschaften sind dokumentiert, die Materialien wurden Vertretern internationaler Organisationen, die sich in der Republik befinden, sowie der Generalstaatsanwaltschaft der DVR zur Aufnahme von Strafverfahren gegen die ukrainischen Kriegsverbrecher übergeben.

Wir merken an, dass dieser Fall der Verwendung von durch die Minsker Vereinbarungen verbotenen schweren Waffen durch die ukrainischen Straftruppen von den OSZE-Beobachtern im Bericht der Mission vom 18. Juni bestätigt wurde.

Ein besonders zynischer Fall geschah heute Morgen um 4:50 Uhr. Der Kriegsverbrecher Guds hat mit seinen Banditen aus der 24. Brigade zielgerichtet und demonstrativ den Terror gegen die Einwohner fortgesetzt. Seine Artillerie hat 110 Artilleriegranaten und 52 Mörsergeschosse des Kalibers 120mm auf den **Petrowskij-Bezirk von Donezk** abgefeuert, wobei **elf Häuser**

beschädigt wurden, davon acht Wohnhäuser in der Koslow-Straße 12, 15, 16, 18, 20, 21, 21a und 23, zwei Wohnungen in der Petrowskij-Straße 13, das „Städtische klinische Kinderkrankenhaus Nr. 4“ in der Karamsin-Straße 8 sowie eine Gasleitung und eine Stromleitung. Ob es Opfer unter der Bevölkerung gibt, wird noch ermittelt. Durch den Beschuss beabsichtigte der Verbrecher Guds, der seine Offiziersehre verkauft hat, den Verhandlungsprozess über den Frieden, der heute in Minsk stattfinden soll, zum Scheitern zu bringen. In diesem Zusammenhang wenden wir uns an die internationalen Organisationen mit der Bitte, auf die Führung der Ukraine einzuwirken, die verpflichtet ist, ihre aufgrund der Straflosigkeit übergeschnapten Kämpfer zu zügeln und ihr Streben zum Frieden durch eine reale Erfüllung der Minsker Vereinbarungen zu beweisen.

de.sputniknews.com: **„Beispiellos, historisch“: USA, Russland und Israel beraten über Sicherheit in Nahost**

Bei einem Gipfel in Jerusalem wollen Sicherheitsberater der USA, Russlands und Israels kommende Woche über die Lage in Nahost sprechen. Israels Regierungschef Benjamin Netanjahu sprach von einem „beispiellosen, historischen Treffen“.

Nikolai Patruschew (Russland), John Bolton (USA) und Meir Ben-Schabat (Israel) – das sind die namhaften Teilnehmer des Treffens in der israelischen Hauptstadt, berichten russische Medien. Es soll am 24. und 25. Juni stattfinden. Ein Sprecher Netanjahus konnte die genauen Daten am Mittwoch zunächst nicht bestätigen.

Laut der Zeitung „Times of Israel“ soll es bei dem Treffen vor allem um die Situation in Syrien gehen, insbesondere um die militärische Präsenz von Israels Erzfeind Iran in dem Nachbarland. Ein weiteres Thema sei der geplante Abzug von US-Truppen aus dem Bürgerkriegsland.

Russland und der Iran unterstützen in Syrien den Präsidenten Baschar al-Assad, die USA stehen auf der Seite der Opposition. Moskau forderte Washington wiederholt auf, die US-Truppen aus dem Land abzuziehen. Israel verlangt einen Abzug aller iranischen Kräfte aus Syrien.

Die israelische Luftwaffe greift immer wieder Ziele in dem benachbarten Bürgerkriegsland an. Die Bombardierungen richten sich nach Einschätzung von Beobachtern gegen iranische Kräfte und deren Verbündete, etwa die libanesisch Hisbollah-Miliz. Zu Jahresbeginn hatte Russland Israel aufgefordert, diese Angriffe zu unterlassen.

Thema könnte auch der iranische Einfluss in arabischen Ländern sein. Die USA und Großbritannien hatten den Iran für Angriffe auf zwei Öltanker im Golf von Oman in der vergangenen Woche verantwortlich gemacht. Teheran weist das zurück. US-Präsident Donald Trump will nun rund 1000 weitere Soldaten in den Nahen Osten schicken. Die Spannungen schüren die Sorge vor einer weiteren Eskalation in der Region.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images//32526/63/325266354.jpg>

ukrinform.ua: **Stadtrat beschließt: Straße in Charkow erhält wieder Namen von Marschall Schukow**

Der Charkower Stadtrat hat in einer Sitzung am Mittwoch beschlossen, dass der Petro-Grygorenko-Prospekt wieder den Namen des sowjetischen Marschalls Georgi Schukow tragen muss.

Für diesen Beschluss stimmten 60 von 75 anwesenden Stadtabgeordneten. 12 votierten mit Nein, berichtet ein Korrespondent von Ukrinform. Die Abgeordneten Igor Rossoga, Igor Tschernjak und Taras Sytenko, die gegen diesen Beschluss stimmten, sprachen in ihren Reden über Verbrechen von Schukow gegen das ukrainische Volk während des Zweiten Weltkrieges und nach dem Kriegsende. Sie betonten auch, dass dieser Beschluss gegen ukrainische Gesetze verstößt.

Der Bürgermeister von Charkow Gennadi Kernes und der Parlamentsabgeordnete Jewgeni Murajew betonten in der Sitzung, dass ein Schukow-Denkmal, das zuvor gestürzt wurde, wiederhergestellt werden wird.

Im Mai unterstützen 5587 Menschen eine Online-Petition auf der Webseite des Stadtrates für eine Wieder-Umbenennung des Grygorenko-Prospekts in den Marschall-Schukow-Prospekt.

de.sputniknews.com: **Jüdische Gelehrte warnen vor „Zensur der Meinungsfreiheit“ bei Israel-Kritik**

Nach dem Rücktritt des Direktors des Jüdischen Museums in Berlin, Peter Schäfer, haben 45 jüdische Gelehrte aus Israel, Europa und den USA diesem ihre Unterstützung bekundet. Sie befürchten „eine zunehmende Zensur der Meinungsfreiheit und die abnehmende Möglichkeit, Regierungspolitik zu kritisieren“.

Auslöser für den Rücktritt des Direktors des Jüdischen Museums in Berlin Peter Schäfer war ein Tweet des Jüdischen Museums mit einer Leseempfehlung zur israelkritischen Bewegung BDS (Boycott, Desinvestitionen, Sanktionen). Jüdische und israelische Wissenschaftler kritisierten darin, dass der Deutsche Bundestag BDS als antisemitisch eingestuft hatte. Schäfer, Jahrgang 1944, ist Judaistik-Professor und war am Freitag als Museums-Leiter zurückgetreten.

Die Bewegung BDS fordert ein Ende der israelischen Besatzung des Westjordanlandes, des Gazastreifens und Ost-Jerusalems, die Israel 1967 erobert hat. Zudem ruft sie dazu auf, keine israelischen Waren zu kaufen.

Israel wiederum wirft der BDS-Bewegung vor, den jüdischen Staat zerstören zu wollen sowie Kontakte zu Terrorgruppen zu unterhalten. Israels Strategieminister Gilad Erdan bezeichnete die Bundestagsentscheidung als „bisher wichtigsten Schritt“ im Kampf gegen die BDS-Bewegung.

Das Jüdische Museum hatte zunächst noch unterstrichen, es positioniere sich nicht gegen den Bundestagsbeschluss. Es sei nur auf einen Diskussionsbeitrag von 240 Wissenschaftlern hingewiesen worden.

Nun wird Schäfer von 45 jüdischen Gelehrten unterstützt. Dazu zählt unter anderem Ishay Rosen Zvi, Leiter der Talmud-Abteilung an der Tel Aviv Universität,

„Wir sind zutiefst besorgt über die zunehmende Zensur der Meinungsfreiheit und die abnehmende Möglichkeit, Regierungspolitik zu kritisieren oder auch nur in Frage zu stellen“, hieß es in dem Schreiben der Wissenschaftler.

Insbesondere sei die Behauptung „schockierend“ gewesen, dass sich Schäfer nicht für die jüdische Sache und den Kampf gegen Antisemitismus einsetze, betonten die Gelehrten. Der emeritierte Uni-Professor Schäfer habe sich während seiner Karriere unter anderem der „Förderung des Verständnisses von Juden und dem Judentum verschrieben“.

Der Jüdische Weltkongress (WJC) hatte dagegen zuvor den Rücktritt von Schäfer begrüßt: „Wir brauchen keine Leiter von jüdischen Institutionen, die sich mit der BDS-Bewegung

identifizieren“. Das erklärte WJC-Präsident Ronald Lauder am Montag in New York. Der WJC sieht sich als Vertretung der nicht in Israel lebenden Juden.

Auch der Zentralrat der Juden in der Bundesrepublik hatte Schäfer kritisiert: „Das Maß ist voll. Das Jüdische Museum Berlin scheint gänzlich außer Kontrolle geraten zu sein.“ Der Zentralrat begrüßte ebenfalls den schließlich am vergangenen Freitag angebotenen Rücktritt Schäfers.

Palästinenser kommen einen israelischen Kontrollpunkt in Westjordanland auf dem Weg in die Kulturstaatsministerin Monika Grütters (CDU) kündigte an, es werde nun ein neuer Leiter für das Museum gesucht. Am 20. Juni soll eine Sondersitzung der Museumsstiftung einberufen werden und eine Kommission soll einen neuen Direktor finden. Die Mit-Initiatorin des Berliner Holocaust-Mahnmals, Lea Rosh, hatte sich dafür ausgesprochen, dass der Nachfolger Schäfers Jude sein müsse.

Bereits in den vergangenen Monaten hatte es Turbulenzen um das Haus gegeben: Der israelische Ministerpräsident Benjamin Netanjahu hatte in einem Brief an Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) gefordert, eine Ausstellung über die Stadt Jerusalem zu schließen. Die Sonderschau „Welcome to Jerusalem“, die bis Ende April zu sehen war, würde eine einseitige, „palästinensisch-muslimische Sicht“ auf die Stadt präsentieren, so der Vorwurf. Damals hatten sowohl Schäfer als auch Grütters die Vorwürfe als politische Einmischung zurückgewiesen.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images//32526/65/325266502.jpg>

mil-Inv.info: Erklärung des Offiziers des Pressedienstes der Volksmiliz der LVR I.M. Filiponenko

In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen bewaffneten Formationen **dreimal das Regime der Feueinstellung mit von den Minsker Vereinbarungen verbotenen Waffen verletzt**.

In **Richtung Popasnaja** wurde auf Befehl des Kommandeurs der 54. mechanisierten Brigade des Kriegsverbrechers Majstrenko **Molodjoshnoje** mit Antipanzergranatwerfern beschossen. In **Richtung Debalzewo** wurde auf Befehl des Kommandeurs der 30. mechanisierten Brigade des Verbrechers Garas **Kalinowo** mit 120mm- und 82mm-Mörsern, Antipanzerlenkraketen und Granatwerfern beschossen.

Die Fälle von Beschuss der Ortschaften sind dokumentiert, die Materialien wurden an Vertreter der internationalen Organisationen, die sich in der Republik befinden übergeben, sowie an die Generalstaatsanwaltschaft der LVR zur Aufnahme von Strafverfahren gegen die Brigadekommandeure der ukrainischen Streitkräfte.

Das Kommando der 25. Brigade der ukrainischen Streitkräfte hat im Vorfeld einer weiteren Sitzung der Kontaktgruppe in Minsk aktiv die **Beobachtung durch Drohnen der OSZE-Mission bekämpft**, um die Stationierung verbotener Waffen in Staniza Luganskaja und Kamyschnoje zu verheimlichen, und nutzt dazu mobile Gruppen der elektronischen

Kriegführung aus dem 20. Bataillon für elektronische Kriegführung der ukrainischen Streitkräfte.

Außerdem schafft die ukrainische Seite weiter künstlich Hindernisse für die Einwohner der Republiken, die den Kontroll- und Passierpunkt im Gebiet von Staniza Luganskaja passieren. Trotz des heißen Wetters verlängern die ukrainischen Soldaten zielgerichtet die Zeit für die Kontrollen und schaffen kilometerlange Schlangen.

Besonders Interesse rufen Vertreter des Handels, die nach Lugansk fahren, bei den ukrainischen Soldaten hervor, sie werden unter verschiedenen Vorwänden bis zu zwei Tagen in den Schlangen festgehalten. Infolge des langen Aufenthalts in der Hitze erleiden die Unternehmer Verluste. Die kriminellen Handlungen der ukrainischen Soldaten gegenüber der Zivilbevölkerung werden auch von der OSZE-Mission bestätigt.

Das moralisch-psychische Niveau der ukrainischen Soldaten in der „OOS“-Zone bleibt äußerst niedrig. Im Zusammenhang damit **nehmen die nicht kampfbedingten Verluste weiter zu.**

Am 18. Juni eröffnete ein betrunkenener Kommandeur eines Zuges einer Einheit der 30. Brigade das Feuer mit einer Maschinenpistole auf drei Soldaten, die den Versuch unternahmen ihre Positionen zu halten. Infolge des Vorfalles wurden die Soldaten verletzt, um den Vorfall zu verheimlichen, befinden sie sich zur Behandlung in einem Krankenhaus im Bezirk Troizkoje.

de.sputniknews.com: **MH17-Abschuss: Ermittler werfen vier Verdächtigen Mord vor**
Vier Verdächtige sollen für den Abschuss des Malaysia-Airlines-Fluges MH17 verantwortlich sein. Das gaben internationale Ermittler in Utrecht bekannt. Die Männer werden des Mordes in 298 Fällen beschuldigt.

Der niederländische Chef-Ermittler Fred Westerbeke sagte auf einer Pressekonferenz am Mittwoch, dass es sich bei den Verdächtigen um die Russen Sergej Dubinski, Igor Girkin und Oleg Pulatow sowie den Ukrainer Leonid Kharchenko handele, berichtet der Spiegel Online. Sie werden sich in den Niederlanden ab dem 9. März 2020 vor Gericht verantworten müssen. Für die vier Hauptverdächtigen wurden internationale Haftbefehle ausgestellt. Sie sollen verantwortlich dafür sein, dass die Rakete aus Russland in die Ostukraine transportiert worden sei. Die Ermittler erklärten, sie hätten Beweise dafür gefunden, dass Russland den Raketenwerfer zur Verfügung gestellt habe, der für den Abschuss der Passagiermaschine genutzt wurde.

Vor Bekanntgabe der Namen der Tatverdächtigen hatten die Ermittler die Hinterbliebenen informiert. Silene Fredriksz-Hoogzand verlor ihren Sohn und dessen Freundin bei dem Absturz von MH17. Sie zeigte sich erleichtert, dass nach fünf Jahren endlich jemand zur Verantwortung gezogen werde.

Die Maschine war am 17. Juli 2014 über der Ostukraine von einer Luftabwehrrakete abgeschossen worden. 298 Menschen starben, die meisten waren Niederländer. Nach Angaben der Ermittler wurde die Maschine mit einer Luftabwehrrakete des Typs Buk abgeschossen.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images//32526/69/325266940.jpg>

Dan-news.info: Die Kräfte der Donezker Volksrepublik konnten nicht an dem Absturz der malaysischen Boeing im Donbass im Sommer 2014 beteiligt sein, weil die Miliz nicht über Abwehrraketensysteme „Buk“ verfügte, teilte heute die Leitung der Volksmiliz der DVR mit.

„Die Armee der DVR verfügte 2014 nicht über Abwehrraketensysteme „Buk“, solche Systeme hat sie bis heute nicht. Deshalb konnte die Miliz nicht an dem Absturz der Boeing im Donbass beteiligt sein“, unterstrich die Volksmiliz.

Außerdem gibt es in der Volksmiliz keine Spezialisten, die in der Lage wären Raketensysteme dieser Klasse zu bedienen.

Zuvor hatte eine internationale Ermittlungsgruppe zum Absturz der Boeing Namen von vier Personen genannt, die angeblich an der Katastrophe beteiligt waren. Es handelt sich um Igor Strelkow (Girkin), Sergej Dubinskij, Oleg Pulatow und Leonid Chartschenko.

de.sputniknews.com: Großes Neonazi-Musikfestival in Kiew – ausgerechnet am 22. Juni

Am 22. Juni 1941 überfiel Hitlerdeutschland die Sowjetunion. 78 Jahre später findet in der ukrainischen Hauptstadt am selben Tag eines der größten Konzerte von radikalen Rechtsrock-Bands aus aller Welt statt. Während solche Festivals in Westeuropa im Verborgenen ablaufen, können sich die Neonazis in Kiew unbehelligt und öffentlich versammeln.

Die neonazistische Veranstaltung unter dem Namen „Fortress Europe“ (zu Deutsch „Festung Europa“) soll kommenden Samstag in einem der größeren Klubs Kiews, dem „Bingo Club“, stattfinden, wie die israelische Tageszeitung Haaretz berichtet. Es werden bis zu 1500 Besucher und internationale Neonazi-Bands, sogar aus den USA, erwartet.

Spirituelle Führer der ukrainischen Rechtsextremen

Organisator vor Ort ist die Szenegröße Arsenii Bilodub, Besitzer einer bei Rechten beliebten Modemarke und Kopf einer der auftretenden Bands. Der in Wien lebende Forscher Pawel Klimenko, der extremistische Tendenzen in der Ukraine beobachtet, nennt Bilodub gegenüber „Haaretz“ „den spirituellen Führer der ukrainischen Rechtsextremen“. Er fügte hinzu, dass Bilodub schon seit zwei Jahrzehnten neonazistische Veranstaltungen im Land organisiere und die Modemarke „Swastone“, die er vertreibt, offen mit Nazi-Symbolik wie Hakenkreuzen oder -Sprüchen spiele.

Auch bei seiner Musik macht Bilodub keinen Hehl aus seinen Ansichten: Seit Mitte der 1990er Jahre als Frontmann von „Sokira Peruna“ (zu Dt. „Peruns Axt“) aktiv, hat er in seinen Texten den Holocaust geleugnet oder eine jüdische Unterwanderung der Ukraine angeprangert.

Der kommende Samstag wäre nicht das erste Konzert der Gruppe als Hauptband im „Bingo Club“. Letztes Jahr haben Journalisten der ukrainischen Webseite „Saborona“, die sich auf

eher unbeachtete Themen in der dortigen Medienlandschaft konzentrieren, bei einer Veranstaltung über Hitlergrüße, Nazi-Utensilien und Hakenkreuz-Tattoos berichtet. Der Club wird immer wieder als Veranstaltungsort für rechtsextreme Konzerte genutzt, auch mit Beteiligung aus dem Umfeld des neofaschistischen Asow-Regiments, eines inzwischen in die ukrainische Nationalgarde integrierten Militärverbandes, der im Krieg im Donbass aufgrund seiner Grausamkeit Berühmtheit erlangte.

Reunion von US-Naziband extra für Kiew

In Kiew tritt am Samstag auch die finnische Band „Mistreat“ auf, die seit Jahrzehnten eine Instanz in Europas Neonazi-Musikszene ist. In ihren Liedern verkünden sie die Wiederkehr des Hakenkreuzes, preisen die Ermordung Martin Luther Kings und rufen zum Mord an nicht-weißen Menschen auf. Auch dabei ist die Musikgruppe „Evil Barber“ – eine Art Supergroup früherer Veteranen ukrainischer Neonazi-Bands. Aus Polen reist die Rechtsrock-Band Obled an.

Headliner des „Fortress Europe“-Festivals ist jedoch die US-amerikanische Gruppe „Blue Eyed Devils“ (zu Dt. „Blauäugige Teufel“), die sich extra für diesen Auftritt wieder zusammengetan hat. Bis zu ihrer Auflösung in den 2000er Jahren galt die Band als äußerst gewaltverherrlichend; sie verehrte den Holocaust-Chefarchitekten Adolf Eichmann und rief zum Massenmord an Juden und Afroamerikanern auf. In der Szene ist die Gruppe auch berühmt-berüchtigt wegen ihres früheren Gitarristen Wade Page. Der hatte 2012 in Wisconsin, USA, einen hinduistischen Tempel angegriffen und sechs Menschen getötet, bevor er sich selbst richtete.

Erstaunlich offene Werbung

Gegenüber „Haaretz“ betonte Bethan Johnson, eine Rechtsextremismus-Forscherin mit Fokus auf die rechte Musikszene, dass dieses Konzert sinnbildlich für den Unterschied zwischen der ukrainischen und der europäischen Neonazi-Szene stehe. Obwohl es auch in Deutschland regelmäßig große Veranstaltungen dieser Art gäbe, finden diese nicht in der Öffentlichkeit und mit solch eindeutigen Aussagen statt wie das jetzige „Fortress Europe“-Festival. Die deutschen Behörden hätten des Öfteren ihre rechtlichen Möglichkeiten genutzt, diese Veranstaltungen einzuschränken oder gar zu verbieten, was die Szene weiter in den Untergrund getrieben hätte.

Die Offenheit, mit der hingegen die Veranstalter des Kiewer Festivals auftreten, findet die angehende Cambridge-Doktorandin mehr als bedenklich: Seit Monaten wird die Veranstaltung öffentlich beworben, ohne dass die Regierung oder die örtlichen Medien reagieren würden. Allein der Fakt, dass private Telefonnummern auf der Webseite der Veranstaltung angegeben werden, sei äußerst ungewöhnlich für die Szene. Offenbar wissen die Betreiber, dass sie nichts zu befürchten haben. Auf der Webseite des Festivals heißt es auch ganz offen: „Legenden der rechten Szene werden für euch spielen.“

Die Ukraine scheint sich immer mehr zum Pilgerland für Neonazis zu entwickeln. So soll im Dezember wieder das „Asgardsrei-Festival“ stattfinden, hinter dem ebenfalls Mitglieder des Asow-Regiments stehen sollen. Auf der Webseite des Festivals heißt es: „Fangt an, eure Reise zu planen. Das Line-Up wird legendär dieses Jahr!“



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/32526/95/325269526.jpg>

ukrinform.ua: **Elektronische Kampfführung: Erstes Seriensystem getestet**

Das erste ukrainische Seriensystem für die Elektronische Kampfführung (EloKa) ist erfolgreich in der Oblast Charkow erprobt worden.

Das System ukrainischer Produktion ist einmalig in der Ukraine und entspricht allen Anforderungen der Nato an solche EloKa-Systeme, teilte die Pressestelle des Rüstungskonzerns „Ukroboronprom“ mit.

Das System P-330KW1M wurde vom Unternehmen „Proton“, das zum Konzern gehört, produziert. P-330KW1M kann Kurzwellen-Empfang in einer Entwarnung von Dutzenden Kilometer stören. Es kann alle modernen Kurzwellensender blockieren.



https://static.ukrinform.com/photos/2019_06/thumb_files/630_360_1560951649-141.jpg

Dnr-online.ru: **Energietechniker des republikanischen Unternehmens „Regionale Energielieferungsgesellschaft“ setzen die Arbeiten zum Anschluss der Einwohner von Spartak an die Stromversorgung fort**, die Stromversorgung der Ortschaft war bereits im Sommer 2014 infolge der Kriegshandlungen unterbrochen worden, teilt das Kohle- und Energieministerium der DVR mit.

Am 18. Juni wurden nach dem Erhalt von Sicherheitsgarantien Arbeiten zur Montage und zum Aufziehen einer neuen isolierten Leitung in der Oktjabrskaja- und der Tschapajew-Straße durchgeführt. Die alte war mehrfach von Splintern durchtrennt worden und konnte nicht mehr verwendet werden.

In den nächsten Tagen, wenn es in die Lage erlaubt, ist geplant weitere 48 Verbraucher – private Häuser, deren Einwohner in der Ortschaft leben oder tagsüber nach Spartak kommen – anzuschließen.

„Bis heute haben wir 48 Anträge von Verbrauchern in der bezirklichen Abteilung für Stromversorgung vorliegen, die einen Vertrag über die Lieferung von Strom abschließen wollen. Die Kabel sind nun montiert. In den nächsten Tagen werden wir mit der Stromversorgung beginnen und Zählgeräte installieren“, erklärte der Leiter der Jasinowatajer Abteilung des Versorgungsunternehmens Jewgeij Igantjew.

Er erklärte auch, dass viele Materialien für die Wiederaufbauarbeiten in Spartak und auch in Krutaja Balka als humanitäre Hilfe aus der RF geliefert worden.

Wir erinnern daran, dass am 25. April 2019 die ersten Verbraucher in Spartak wieder Strom erhielten. Diesen Arbeiten war ein langer Prozess zur Vereinbarung eines Regimes der Ruhe mit der ukrainischen Seite im GZKK vorausgegangen. Aber trotz dieser Vereinbarungen gab es keinen einzigen ruhigen Tag ohne Beschuss von Seiten der BFU auf Spartak. Alle Arbeiten wurden in Begleitung einer operativen Gruppen des Kohle- und Energieministeriums und Vertretern des GZKK durchgeführt.

abends:

de.sputniknews.com: **Flug MH17: Moskau reagiert auf Anklagen internationaler Ermittler gegen Russen**

Russlands Außenministerium hat die Behauptungen der Gemeinsamen Ermittlergruppe, in den Absturz der Malaysia-Airlines-Boeing MH17 im Jahr 2014 seien Russen verwickelt gewesen, als fadenscheinig zurückgewiesen.

In einer Erklärung auf der Webseite der Behörde wird hervorgehoben, dass eine solche

Rhetorik „nichts weiteres als Bedauern hervorrufen“ könne.

„Ebenso wie bei den vorangegangenen Pressekonferenzen der Gemeinsamen Ermittlungsgruppe wurde diesmal kein einziger konkreter Beweis zur Untermauerung derartiger unrechtmäßiger Erklärungen angeführt. Die Gemeinsame Ermittlungsgruppe beschränkt sich offensichtlich auf Argumente, die nicht ganz vernünftig sind“, heißt es in der Erklärung des Außenamtes.

Die Behörde hat ferner die Behauptung der internationalen Ermittlergruppe, Moskau bleibe der Zusammenarbeit mit ihr fern, zurückgewiesen. „Seit dem ersten Tag der Tragödie ist die Russische Föderation sehr daran interessiert, die Wahrheit festzustellen. (...) Die Russische Föderation wird auch künftig zu den Ermittlungen beitragen“, heißt es.

Zuvor hatte es im Sicherheitsdienst der Ukraine geheißt, dass vier Personen, darunter drei russische Bürger, der Verwicklung in die Katastrophe mit der malaysischen Boeing verdächtigt würden.

Der stellvertretende Generalstaatsanwalt Russlands, Nikolai Winnitschenko, erklärte dazu, es lägen keine Angaben zur Verwicklung der genannten russischen Bürger in das Flugzeugunglück im Jahr 2014 über dem Donbass vor.

Das Flugzeug der Malaysia Airlines mit der Flugnummer MH-17 stürzte am 17. Juli 2014 in der Ostukraine ab. Alle 283 Passagiere, die größtenteils aus den Niederlanden stammten, und 15 Besatzungsmitglieder an Bord starben dabei.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/32101/36/321013631.jpg>

de.sputniknews.com: **Atomstreit: Iran kündigt Treffen in Wien an**

Das Treffen der Teilnehmer der Gemeinsamen Kommission zum Umfassenden Aktionsplan (JCPOA) unter Beteiligung der Vize-Außenminister wird am 28. Juni in Wien stattfinden. Dies erklärte der offizielle Sprecher des iranischen Außenministeriums, Abbas Mousavi.

„Die Beratung der Mitglieder der Kommission zwischen dem Iran und den großen Staaten findet am 28. Juni in Wien unter Beteiligung der Vize-Außenminister Russlands, des Irans, Frankreichs, Großbritanniens und Deutschlands statt“, heißt es in der Erklärung.

Der Iran schlug am 8. Mai den Kurs auf Absage der Erfüllung einer Reihe von Punkten des Atom-Deals an – punktgenau am Jahrestag des US-Ausstiegs. Die Revidierung der Verpflichtungen wurde in Teheran sowohl durch die Handlungen der Amerikaner erklärt, die erneut zu den Sanktionen zurückkehren, als auch durch die Unfähigkeit der restlichen Teilnehmer des Deals, die Situation zu regeln.

In diesem Zusammenhang gab Teheran den restlichen Teilnehmerländern des JCPOA 60 Tage für die Gewährleistung der Interessen des Irans. Es gilt das Versprechen Teherans, zur Erfüllung der vorübergehend eingestellten Verpflichtungen zurückzukehren, wenn es diesen Ländern gelingt, die wegen der US-Handlungen entstandenen Probleme zu lösen.

Zuvor hatte der Sprecher der Organisation für Atomenergie des Irans (AEOI), Behrouz

Kamalvandi, erklärt, dass der Iran imstande sei, den vom Atom-Deal vorgesehen Anteil der Anreicherung des Urans von 3,67 Prozent innerhalb von ein bis zwei Tagen zu überschreiten, und die vom Abkommen vorgesehene Obergrenze des schwach angereicherten Urans – die bei 300 Kilogramm liegt - Ende Juni überschritten wird.

dnr-online.ru: Erklärung des Oberhauptes der DVR Denis Puschilin im Zusammenhang mit der Verstärkung der Intensität des Beschusses friedlicher Territorien der Republik

An der gesamten Abgrenzungslinie ist eine erhebliche Verschärfung der militärischen Situation festzustellen. Die ukrainischen Formationen beschießen zynisch und offen Territorien der Donezker Volksrepublik.

Abgefeuert werden Mörsergeschosse des Kalibers 120 und 82mm, Artilleriegranaten des Kalibers 122mm und andere schwere Waffen, die von den Minsker Vereinbarungen verboten sind. Dabei werden als Hauptziele ausschließlich Objekte der zivilen Infrastruktur gewählt – Wohnhäuser, medizinische Einrichtungen, Sportanlagen und Kulturkomplexe. Unter Beschuss geraten friedliche Bürger.

Während der Präsident der Ukraine Wladimir Selenski Reisen in Europa durchführt, vor den Videokameras sein Streben nach Frieden deklariert und verspricht, sofort mit dem Wiederaufbau des Donbass zu beginnen (natürlich auf Kosten dieser Europäer), vernichten die ukrainischen Kämpfer mit großer Verbissenheit konsequent und methodisch den Donbass. Dies ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit, dass die Weltgemeinschaft nicht ignorieren darf.

Selenski trägt als oberster Kommandeur der ukrainischen Armee persönlich die Verantwortung für jedes auf unser Territorium abgefeuerte Geschoss, für jedes zerstörte Haus, für jeden Verletzten und Toten! Und der Verantwortung kann er nicht entkommen.

Wir rufen die Weltgemeinschaft zu einer festen und entschiedenen Reaktion auf den Beschuss unserer Territorien auf.

Denis Puschilin

Oberhaupt der Donezker Volksrepublik

de.sputniknews.com: Maduro kommt bald nach Russland

Venezuela und Russland arbeiten gemeinsam an der Vorbereitung des Besuches von Präsident Nicolas Maduro in Russland. Dies teilte der venezolanische Botschafter in Moskau, Carlos Rafael Faria Tortosa, im Sputnik-Gespräch mit.

Zuvor hatte das venezolanische Außenministerium Maduros baldige Reise nach Russland gemeldet. Der Pressesprecher des russischen Präsidenten, Dmitri Peskow, teilte am Mittwoch mit, dass es bisher noch keine Vorstellung hinsichtlich der Besuchstermine gebe.

„Eine entsprechende Benachrichtigung wurde an das russische Außenministerium entsandt. Russland und Venezuela tauschten Informationen aus, die für diesen Besuch erforderlich sind.

Die Vorbereitung der Bedingungen, unter denen der Besuch möglichst schnell zustande kommen kann, ist in vollem Gange. Unser Außenministerium bereitet einen Ablaufplan vor, und wenn das Datum (des Besuches – Anm. d. Red.) feststeht, machen wir es publik“, teilte der Botschafter am Rande des internationalen Treffens zu Sicherheitsfragen in Ufa teil.

Laut dem offiziellen Caracas ist die Unterzeichnung von zahlreichen Vereinbarungen geplant.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images//32526/98/325269816.jpg>

de.sputniknews.com: **Venezuela: Kokain an Bord von US-Flugzeug beschlagnahmt**

Die venezolanischen Ordnungshüter haben im Norden des Landes an Bord eines Leichtflugzeuges mit US-Kennzeichen mehr als 140 Kilo Kokain entdeckt und beschlagnahmt. Dies meldet die Nationalbehörde für Anti-Drogen-Kampf (ONA). Das Flugzeug Piper PA-31 wurde von den Kriminalisten am 15. Juni auf einer nicht genehmigten Start- und Landebahn in der Siedlung Los Pedros im Bundesstaat Falcon entdeckt. An Bord des Flugzeuges befanden sich 125 Packungen mit Kokain mit einem Gesamtgewicht von 143,7 Kilogramm. In der Umgebung wurden ein Lastkraftwagen, zwei Motorräder und Kanister mit Flugzeug-Treibstoff aufgefunden. All das wurde von den Drogenhändlern vermutlich zu Logistikzwecken eingesetzt.

Der Chef der Anti-Drogen-Behörde, Alberto Mateus, betonte, dass die Täter versucht hätten, die US-Kennzeichen des Flugzeuges gegen venezolanische auszutauschen, um der Kontrolle vonseiten der entsprechenden Behörden zu entgehen sowie die „unbeugsame Politik der bolivarianischen Regierung im Kampf gegen den Drogenhandel zu diskreditieren“.